

II- 1047 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NationalratesXIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 594/J

1976 -07- 06

*A n f r a g e**der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER**und Genossen**an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung**betreffend Abgeltung von einzelnen Preiserhöhungen für Pensionisten*

Unter dem Titel "Höhere Vermögenssteuer kommt den Armen zugute" findet man in der "Kronen Zeitung" vom 26. Juni 1976 u.a. folgende Aussage:

"Den Vorwurf eigener SPÖ-Jungfunktionäre und verschiedener Oppositionspolitiker, wonach unter der SPÖ-Regierung die Armen noch ärmer geworden sind, will Bundeskanzler Kreisky keinesfalls unwidersprochen hinnehmen. Einerseits vertritt der Kanzler die Ansicht, daß seine Regierung im Kampf gegen die Armut erfolgreich abgeschnitten habe, andererseits sollen jetzt die zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Vermögenssteuer einkommensschwachen Bevölkerungsschichten zugute kommen."

Und weiters:

"Wie der Kronen Zeitung gestern im Finanzministerium dazu erklärt wurde, ist die Erhöhung der Vermögenssteuer von derzeit 0,75 auf ein Prozent per 1. Jänner 1976 so gut wie fix. Die Mehreinnahmen sollen rund eine Milliarde Schilling betragen. Eine Summe, die fast zur Gänze dazu

verwendet wird, um den Armen finanziell unter die Arme zu greifen. Zusätzlich ist geplant, bei einem Abbau der Milchpreisstützung Rentnern, Pensionisten und kinderreichen Familien den dann höheren Milchpreis abzugelten."

Die Absicht, einzelne Preiserhöhungen den Pensionisten und Rentnern abgelden zu wollen, wäre nur scheinbar sozial, würde aber in Wirklichkeit einen arger sozialen Rückschritt bedeuten.

Das von den seinerzeitigen Koalitionsparteien erarbeitete und aufgrund einer gemeinsamen Empfehlung des Pensionsbeirats verbesserte Dynamiksystem orientiert sich nämlich nicht am allgemeinen Preisniveau und schon gar nicht an einzelnen Preissteigerungen, sondern an der Einkommensentwicklung. Dadurch war es in den letzten 10 Jahren - vor allem 1966-1970 - möglich, den Pensionisten erhebliche Realeinkommenssteigerungen über das Ausmaß der Geldentwertung hinaus zu sichern.

Unabhängig von der Dynamik erscheint es aber empfehlenswert, die Ausgleichszulagen außerordentlich zu erhöhen, da die bevorstehende geringe Erhöhung des Jahres 1977 als Folge der schlechten Einkommensentwicklung gerade die Ärmsten besonders hart treffen wird.

Aus diesem Grund richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Beabsichtigen Sie, entsprechend der Vorstellungen des Finanzministeriums, das bewährte Dynamiksystem durch ge-

- 3 -

legentliche Pensionserhöhungen aufgrund einzelner Preissteigerungen zu ersetzen, was einen wesentlichen sozialen Rückschritt bedeuten würde?

- 2). *Oder beabsichtigen Sie aufgrund der für 1977 zu erwartenden, erstmals unter der Preissteigerung liegenden, also unzureichenden Pensionserhöhung, eine außertourliche Anpassung der Mindestpension, was im Sinne der Linderung der Not des betroffenen Kreises sehr zu begrüßen wäre?*